AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 29.01.2026 | Gabriella Gricius

Auf dünnem Eis

Der Grönland-Deal wirft viele Fragen auf – in der Arktis stehen Europas Handlungsfähigkeit und die Zukunft der NATO auf dem Spiel.

Anfang 2026 dominierte US-Präsident Donald Trump die Nachrichten: Zunächst hieß es, er wolle Grönland kaufen. Anschließend wollte er auch den Einsatz militärischer Gewalt zwecks Annexion durch die Vereinigten Staaten nicht ausschließen. Trumps Interesse an Grönland begann bereits 2019, doch die Rhetorik verschärfte sich deutlich im Januar 2026: Er wolle Grönland nicht nur kaufen, sondern behauptete zudem, er benötige es für die „nationale Sicherheit". Trumps erneuter Vorstoß in Richtung Grönland ist weniger eine Reaktion auf eine akute militärische Bedrohung durch Russland oder China, sondern vielmehr ein gezielter politischer Stresstest für den Zusammenhalt der NATO und für die europäische Souveränität.

Als Trump seine Definition von „nationaler Sicherheit" erläuterte, behauptete er erst, Grönland sei durch russische und chinesische Schiffe in Küstennähe unmittelbar bedroht. Tatsächlich befinden sich keine großen Mengen russischer oder chinesischer Schiffe in der Nähe der grönländischen Grenze. Später erklärte Trump, Grönland werde durch russische und chinesische Angriffe bedroht. Auch dies ist falsch. Weder russische noch chinesische Streitkräfte sammeln sich, um Grönland anzugreifen. Dass die von Trump beschworenen Flottenbewegungen faktisch nicht existieren, entlarvt die Sicherheitsdebatte als Vorwand. Daraus folgt: Europa sieht sich nicht mit einer militärischen Realität konfrontiert, sondern mit einer rein ideologischen Machtdemonstration, die Fakten durch politischen Willen ersetzen will.

Trumps Argumentation dient weniger der Beschreibung einer Bedrohung als der politischen Dramatisierung und

Trumps letzte Begründung war, die USA bräuchten Grönland für den *Golden Dome*, ein geplantes Raketenabwehrsystem. Das Projekt soll Milliarden kosten und Nordamerika vor ballistischen, Hyperschall- und Marschflugkörpern schützen. Damit wird deutlich: Trumps Argumentation dient weniger der Beschreibung einer Bedrohung als der

zwingt Europa, auf ein Sicherheitsnarrativ zu reagieren, das faktisch nicht trägt.

politischen Dramatisierung und zwingt Europa, auf ein Sicherheitsnarrativ zu reagieren, das faktisch nicht trägt. Hier instrumentalisiert Trump die Arktis, um die Loyalität seiner Verbündeten durch ökonomischen und militärischen Druck zu erzwingen. Das ist vor allem deshalb problematisch für Europa, weil es die Europäer in ein Dilemma zwingt: entweder sie unterstützen ein milliardenschweres US-System auf fremdem Boden, oder sie riskieren den Vorwurf, die kollektive Sicherheit des Westens zu sabotieren.

Grönland ist zweifellos wichtig für die US-amerikanische Heimatverteidigung. Die Weltraumstation Pituffik (ehemals Thule Air Base) ist unerlässlich für die Raketenverfolgung über dem Nordpol und für die Weltraumüberwachung mittels eines Spezialradars sowie für die Überwachung der GIUK-Lücke (zwischen Grönland, Island und Großbritannien), eines strategischen Engpasses für die russische Marine und U-Boot-Flotte auf dem Weg aus der Arktis in den Atlantik. Der Besitz Grönlands ist jedoch nicht notwendig, um diese Vorteile zu nutzen. Die USA haben alle notwendigen Befugnisse im Rahmen des Verteidigungsabkommens von 1951, das 2004 neu verhandelt und zu einem trilateralen Verteidigungsabkommen zwischen Dänemark, Grönland und den Vereinigten Staaten erweitert wurde. Trump hätte stattdessen auch einfach mit Dänemark und Grönland zusammenarbeiten können, falls die USA zusätzliche Sensoren für das *Golden Dome*-Projekt benötigt hätten.

Nach wochenlanger Besorgnis und Spekulationen darüber, was Trump eigentlich von Grönland wollte (da die nationale Sicherheit offensichtlich kein ausschlaggebendes Motiv war), hat sich die Lage nach einem Treffen zwischen Trump und NATO-Generalsekretär Mark Rutte in Davos beruhigt. Dort einigten sie sich auf ein „framework of a future deal“ zur Arktissicherheit. Die Details des Abkommens sind weiterhin unklar – abgesehen davon, dass es langfristig angelegt ist, sowohl Rohstoffe als auch Sicherheit umfasst und neben Dänemark, Grönland und den USA auch NATO-Staaten einbezieht, um deren Sicherheitsmaßnahmen in der Arktis zu verstärken. Unklar bleibt jedoch, welche Rolle Grönland oder Dänemark in den Gesprächen zwischen Rutte und Trump spielten, falls überhaupt.

Die Herausforderung bei Verhandlungen besteht darin, dass die Interessen der Parteien weit auseinanderliegen. Auf US-Seite war Trump, zumindest bis zum Weltwirtschaftsforum in Davos, fest entschlossen,

Grönland auf die eine oder andere Weise zu erwerben. Es gab keinen Verhandlungsspielraum darüber, was genau er wollte, da sich seine Argumentation ständig änderte. Doch zuletzt schien Trump verhandlungsbereiter – wobei sich dies jederzeit wieder ändern kann.

Die US-Interessen sind jedoch in Bezug auf die wichtige Rolle Grönlands für die Landesverteidigung und die Luft- und Seeraumüberwachung stabil. Kritische Mineralien könnten ebenfalls eine Rolle spielen, da Grönland über 43 der 50 von den USA als strategisch eingestuften kritischen Mineralien verfügt, darunter Grafit und Zink, sowie über viele besonders wichtige Seltene Erden wie Neodym und Terbium. Die USA haben in der Vergangenheit auch Bedenken hinsichtlich chinesischer Investitionen in Grönland geäußert, obwohl Chinas Investitionen in der Arktis übertrieben dargestellt werden und Versuche, in den Abbau kritischer Mineralien in Grönland zu investieren, weitgehend zum Erliegen gekommen sind.

Für Grönland und Dänemark steht die Achtung ihrer Souveränität an erster und wichtigster Stelle. Jede einseitige Entscheidung oder Handlung, die zu einem Souveränitätsverlust führen könnte, ist inakzeptabel. Das heißt nicht, dass beide Seiten nicht bereit wären, mit den Vereinigten Staaten für eine stärkere nordamerikanische und transatlantische Sicherheit und gemeinsame wirtschaftliche Chancen zusammenzuarbeiten; doch ein Gebietsverlust ist vom Tisch.

Auf dem Spiel steht damit nicht nur der Umgang mit Grönland, sondern Europas Anspruch, zugleich wertebasierter Akteur und verlässlicher sicherheitspolitischer Partner der USA zu sein.

Für Europa ist der Fall Grönland kein Randthema, sondern ein strategischer Zielkonflikt. Das eigentliche Dilemma besteht darin, dass jede klare Positionierung politische Kosten verursacht, gegenüber Washington ebenso wie gegenüber Kopenhagen und Nuuk. Europa und die NATO stehen angesichts dieser beiden Akteure vor einem strategischen Dilemma. Einerseits sind die europäischen Verbündeten gemäß Artikel 5 verpflichtet, ihre Mitgliedstaaten vor militärischen Bedrohungen zu schützen. Es ist jedoch noch nie vorgekommen, dass ein NATO-Verbündeter einen anderen angegriffen hat, was das Bündnis erheblich gefährden würde. Einige europäische Staaten haben sich zudem für das Selbstbestimmungsrecht des grönländischen Volkes ausgesprochen, da dies mit den moralischen Grundsätzen Europas als strategischem Akteur übereinstimmt.

> Andererseits sind die Vereinigten Staaten der Sicherheitsgarant Europas. Angesichts des anhaltenden russischen Krieges in der Ukraine wäre ein Rückzug von den USA strategisch ebenfalls unklug. Beides gleichzeitig zu verteidigen: grönländische Selbstbestimmung und die transatlantische Sicherheitsordnung, während zugleich auf die russische Bedrohung reagiert werden muss, ist politisch kaum widerspruchsfrei möglich. Auf dem Spiel steht damit nicht nur der Umgang mit Grönland, sondern Europas Anspruch, zugleich wertebasierter Akteur und verlässlicher sicherheitspolitischer Partner der USA zu sein.

Für Europa stellt sich damit eine unbequeme Frage: Was kostet es politisch, Trump in der Grönlandfrage entgegenzukommen, und was kostet es, dies nicht zu tun? Diese Kosten beziehen sich auf den Wert der transatlantischen Sicherheitsgarantie oder der territorialen Integrität eines Verbündeten. Die Umsetzung eines realistischen Kompromisses wird eine Herausforderung sein. Die roten Linien Grönlands und Dänemarks in Bezug auf die Souveränität dürfen und können nicht zugunsten der Beschwichtigung einer militärisch stärkeren Macht wie der Vereinigten Staaten beiseitegeschoben werden. Trumps Rückzug von den Gesprächen über eine militärische Annexion ist ein gutes Zeichen dafür, dass diese Linien respektiert werden. Ein Entgegenkommen könnte kurzfristig transatlantische Spannungen reduzieren, würde jedoch langfristig Europas Position bezüglich Souveränität und Selbstbestimmung untergraben.

Aus den bisherigen Aussagen lässt sich schließen, dass das Ziel darin besteht, die zentrale Rolle Grönlands in dieser Debatte in eine breitere Diskussion über verstärkte Investitionen in die Sicherheit der Arktis umzuwandeln. So würde Grönland nicht aufgeteilt, sondern die NATO-Verbündeten könnten ihre Anstrengungen verstärken und in Operationen investieren, die die GIUK-Lücke intensiver überwachen und eine stärkere militärische Präsenz in Grönland gewährleisten. Selbstverständlich bedarf dies der Zustimmung der grönländischen Bevölkerung.

Die Äußerungen von Trump und Rutte über ein „framework“ und einen „long-term“-Prozess deuten zwar darauf hin, dass es in der Grönland-Krise am Ende nicht um Quadratkilometer im Eis geht, sondern um die Handlungsfähigkeit Europas. Wenn die EU und die NATO jedoch keine gemeinsame Antwort auf diesen Stresstest finden, wird Grönland nicht

das letzte Territorium sein, das zum Spielball einer neuen transatlantischen Transaktionspolitik wird.

Arktissicherheit ist auch kein Thema, das man einfach aufholen könnte; die NATO-Verbündeten müssen sich auf unterschiedliche Vorgehensweisen einigen, die im Nordatlantik, in der europäischen Arktis und in der Beringsee verfolgt werden. Der Grönland-Konflikt zeigt damit weniger die Grenzen arktischer Sicherheitspolitik als die Grenzen europäischer Handlungsfähigkeit, wenn Sicherheitsgarantien, Souveränität und die transatlantische Abhängigkeit gleichzeitig unter Druck geraten.



Gabriella Gricius
Konstanz

Dr. Gabriella Gricius ist Postdoktorandin am Zukunftskolleg der Universität Konstanz. Sie ist auch Senior Fellow am Arctic Institute und Medienkoordinatorin beim *North American and Arctic Defence and Security Network* (NAADSN).